Antwort der Verwaltung (Erster Beigeordneter Dr. Knauber)

Zu Frage 1:

Bis zum In-Kraft-Treten der UVgO im September 2018 hat die Stadt Rheinbach die Vergabe von Aufträgen für freiberufliche Leistungen, z.B. nach der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) in eigener Zuständigkeit der jeweiligen Fachgebiete durchgeführt.

Dabei wurden sowohl das Rechnungsprüfungsamt als auch der Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschuss unter Beachtung der Wertgrenzen (Aufträge oberhalb von 10.000 Euro oder 25.000 Euro) in die Vergabe mit einbezogen.

Aufgrund der festen Honorarstruktur mit vorgegebenen Honorarzonen und Tabellenwerten nach der HOAI kann kein wirtschaftlicher Wettbewerb bei Planungsleistungen stattfinden. Frei vereinbar sind nur kleine Teilbereiche des Honorars wie z.B. Nebenkosten oder örtliche Bauüberwachung der Maßnahmen. Hierfür wurden von der Verwaltung klare Vorgaben an alle Auftragnehmer gegeben. Daher wurden die Aufträge anhand auf den Einzelfall bezogener besonderer Kriterien (Erfahrung, örtliche Kenntnisse, Leistungsfähigkeit etc.) vergeben.

Zu Frage 2:

Im Zuge der Einführung der UVgO hat sich die zentrale Vergabestelle im Vorfeld einen Überblick verschafft in welchem Umfang in den letzten Jahren in dem Fachgebiet Hoch-, Tiefbau und Bauverwaltung Aufträge für freiberufliche Tätigkeiten vergeben wurden. Hierbei wurde der Blick auf die letzten 4 Jahre (seit 2015) gerichtet.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick u.a. die Anzahl der eingesetzten Firmen:

Bezeichnung	Anzahl Firmen 2015-2018	Anzahl vergebener Aufträge 2015-2018	Gesamtauftragsvolumen
Fachgebiet Hochbau	14	46	ca. 800.000,00 €
Fachgebiet Tiefbau	29	73	ca. 1.980.000,00 €
Bauverwaltung/Denkmalschutz	3	3	ca. 26.800,00 €

Zu Frage 3:

Im Rahmen der Vergabe entsprechender Aufträge wurde auch in der Vergangenheit vor In-Kraft-Treten der UVgO darauf geachtet, dass unterschiedliche Auftragnehmer eingesetzt werden. Ggf. sind Kriterien, wie Erfahrungswerte oder besondere Kenntnisse der Örtlichkeit und vorheriger Baumaßnahmen ausschlaggebend dafür gewesen.

Dies führt dann auch zu dem Ergebnis, dass das ein oder andere Ingenieurbüro im Verhältnis zu anderen Büros vermehrt Aufträge erhalten hat.

Zu Frage 4:

Nach § 50 UVgO ist auch bei der Vergabe von freiberuflichen Leistungen jetzt der Grundsatz der Herstellung eines Wettbewerbs zu beachten. Der Gesetzgeber hat hier eine Sonderregelung geschaffen ohne den genauen Ablauf dieser Verfahren zu beschreiben. In den Erläuterungen zur UVgO heißt es:

„Dabei ist ohne Bindung an die übrigen Verfahren der UVgO so viel Wettbewerb zu schaffen, wie dies nach der Natur des Geschäfts oder nach den besonderen Umständen möglich ist.“

Hieraus folgt, dass die verfahrensmäßigen Vorschriften der UVgO nicht pauschal zur Durchführung von Vergabeverfahren für freiberufliche Tätigkeiten heranzuziehen sind. Der Gesetzgeber hat in seinen Erläuterungen auf die Allg. Verwaltungsvorschrift zur Bundeshaushaltsordnung verwiesen, die traditionell die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verfolgt.

Damit bleibt es dem Rechtsanwender überlassen, Inhalt und Reichweite des neuen Wettbewerbsgebots nach § 50 S. 1 UVgO im haushalts(vergabe)rechtlich vorgegeben Rahmen zu bestimmen.

In Anlehnung an die praktizierten Vergabearten der UVgO schlägt die Kommentierung folgende Verfahrensarten für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen vor:

- a. Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb mit mehreren Bietern – Regelfall**
- b. Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb mit nur einem Bieter**
- c. Öffentliche oder beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb**

Zu a)

Die **Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb** wird den **Regelfall** darstellen, da hier die Ausnahmetatbestände des § 8 Abs. 4 Nr. 1,2 & 3 UVgO vorliegen, da grundsätzlich in diesen Fällen die Leistung nach Art und Umfang nicht eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann.

Selbst die Nachprüfungsinstanzen haben zu dieser Frage in der Vergangenheit Stellung bezogen und vertreten die Auffassung, dass die **erschöpfende und eindeutige Beschreibung** der Leistung der **Ausnahmefall** sein wird. Im Gegensatz zu „normalen“ Ausschreibungen ist hierbei auf die **Beschreibung der Lösung** abzustellen, nicht jedoch auf die Beschreibung der Aufgabe.

Dementsprechend treten die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund, sowie das **Rotationsprinzip (wechselnde Bieter)**, sofern hierdurch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit nicht überstrapaziert wird und nicht mehr das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhält.

Zu b)

Wenn sich in den Vorüberlegungen zur Vergabe der Leistung die Ansicht verfestigt, dass es **nur ein Bieter** gibt, der den Auftrag ausführen kann und die dazu erlassene Ausnahmeregelung des § 8 Abs. 4 Nr. 10 UVgO zum Tragen kommt, wird eine **Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb mit nur einem Bieter** in Betracht kommen.

Dies kann auch dann zum Tragen kommen, wenn mit der Durchführung eines sehr formalen Vergabeverfahrens ein Missverhältnis zwischen entstehendem Aufwand zum Wert der zu vergebenden freiberuflichen Leistungen entsteht. Die hierbei zu beachtenden Voraussetzungen können der Kommentierung entnommen werden.

Zuletzt kann auch die Natur des Geschäftes oder besondere Umstände ebenfalls ein weniger wettbewerbliches Verfahren als ein im Regelfall durchzuführendes Verfahren in Anlehnung an die Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb rechtfertigen. Dies wäre im Einzelfall zu begründen.

Zu c)

Sofern keiner der in § 8 Abs. 4 UVgO enthaltenen Ausnahmetatbestände zutrifft oder die Natur des Geschäftes oder die besonderen Umstände ein weniger wettbewerbliches Verfahren nicht zulassen, kann

im Einzelfall die nach § 50 S. 1 UVgO vorzunehmende Einzelfallprüfung zu dem Ergebnis kommen, dass die Leistung ausnahmsweise in einem wettbewerblicheren Verfahren vergeben werden muss.

Anhand dieser Ausführungen beabsichtigt die Verwaltung zukünftig die Vergabe von freiberuflichen Leistungen unter Einbindung der Zentralen Vergabestelle sowie weiterer Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes und des Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschusses durchzuführen.

Bei jeder Auftragsvergabe sind im Vorfeld die v.g. Kriterien (a-c) zu prüfen und das daraus folgende Verfahren durchzuführen.